



Er scheint
wöchentlich einmal Samstags.
Abonnementpreis bei der Post
pr. Du. 80 Pf.
In Partien durch die Exp. direkt
bezogen, billigerer Preis.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.
(Organ der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, der Vereinigung der deutschen Schmiede, sowie
der Metallarbeiter-Fachvereine Deutschlands.)

Inserate die dreispaltige Petit-
zeile 20 Pf., Kassen- und Ver-
sammlungsanzeigen, sowie An-
zeigemarkt 10 Pf. die Zeile.
Red. u. Expedition: Nürnberg,
Weihenstraße 12.

Nr. 38.

Nürnberg, 18. September 1886.

4. Jahrgang.

Sandwerksknechte, insbesondere Schmiede und Schlosser in der guten alten Zeit der Zunftherrlichkeit.

(Fortsetzung.)

Die „flegreichen“ Schmiedemeister im Elsaß benahmen sich, pochend auf die geschworne Urfehde, nun allerdings erst recht brutal und anmaßend gegen ihre „Knechte“. Sie waren — um mit Professor Schmoller zu reden *) — von einem wahrhaft „händischen Erwerbstrieb“ erfüllt; dazu gesellte sich der zünftlerische Dummstolz und Hochmuth. Beide Faktoren vereinigten sich, das seitliche Knechtschaftsverhältnis der Gesellen aufrecht zu erhalten und zu befestigen. Die Meister gingen in ihrem Fanatismus gegen die Gesellen so weit, daß sie ihnen nicht nur die Theilnahme an ihren (der Meister) gefelligen Vergnügen mißgönnten, sondern auch nicht zugeben wollten, daß die „Knechte“ für sich, im eignen Kreise die gefelligen Freuden genößen, weshalb sie zu mehreren Malen ein behördliches Verbot der Trinkstuben, des althergebrachten Zusammenkunftsortes der „Knechte“, durchsetzten. Was blieb den Gesellen anders übrig, als die Lust zum Arbeiten zu verlieren und dem Müßiggang sich zu ergeben? so fragt zutreffend Schanz. **) Die Behörden waren, auf den Wunsch der „ehrsamen Meister der Zunft“ allerdings sofort bereit, in diesem Punkte „abzuhelfen“. Sie verließen 1411 ein „Verbot des Müßigganges der Knechte zu Straßburg“ †) von welchem F. G. Hoffmann mit Recht sagt: „Ein Arbeiterstamm, der es mit aller Anstrengung nicht dahin bringen kann, daß es ihm wohl wird im Leben, verliert endlich die Neigung, nach höherem Erwerb zu streben, wird faul, unordentlich und lernt als einen rechtmäßigen Gewinn ansehen, was er seinem Treiber durch List abzugewinnen oder durch Gewalt abzutropfen vermag.“

Die Elsässer Schmiedeknechte, insbesondere die zu Straßburg, bewahrten, als ihnen die Form der Coalition verboten war, doch den Geist derselben. Und, wie es immer in derartigen Fällen geschieht, es fand sich auch hier bald wieder die Form. Der unbeugsame Trotz der Gesellen ließ die Meister ihres „Sieges“ nicht froh werden. Viele Gesellen griffen zum Wanderstabe und wußten es draußen in den Landen zu bewerkstelligen, daß die Verhältnisse des Schmiedehandwerks in Elsaß in Verruf geriethen und der Zuzug Arbeitssuchender nach dort sehr beschränkt wurde, wodurch der Kampf für die

zurückbleibenden Knechte eine bedeutende Erleichterung erfuhr.

Der Kampf verlief nicht erfolglos für die Knechte. Beweis dafür ist u. A., daß die Meister im Jahre 1465 den Rath der Stadt Straßburg veranlaßten zur Aufstellung einer „Knechtsordnung“, um den „wieder eingerissenen vielen Eigenmächtigkeiten der Knechte“ ein Ende zu machen. Wir wollen das Interessanteste aus dieser „Knechtsordnung“, die sich unter den Drucksachen des staatswissenschaftlichen Seminars der Universität Straßburg befindet, hier wiedergeben:

Es sollen die Knechte und alle die nicht Bürger zu Straßburg sind, nachts in der Stadt „mit afterwege“, zur Sommerzeit, nämlich von Ostern bis Michaelistag, bis die Glocke zehn geschlagen hat, und zur Winterzeit von Michaelistag bis Ostern so die Glocke neun geschlagen hat, es sei denn, daß Einer in seiner Herrschaft oder Meisterschaft Vosschaft ginge, dann aber soll er eine Fadel oder ein Licht in seiner Hand tragen. „Wer anders after wege funden würde“, der soll 30 Schilling Pfennige Strafe zahlen oder vier Wochen bei Wasser und Brod im Thurne liegen. Auch sollen die Knechte im Sommer nach 10 Uhr und im Winter nach 9 Uhr Abends nicht mehr in Wirthshäusern, Tavernen oder Gärten sitzen oder zusammenkommen, bei Weidung gleicher Strafe. Es sollen auch fortan die Knechte nicht mehr sich zusammen verbinden, Vereine und Bündnisse machen und Trinkstube halten, dem Meister die Knechte „verbieten“, Schwerte, Langmesser oder Degen tragen, sondern höchstens gewöhnliche Brodmesser, „do eyns mit dem hefte und mit der lomelle nit über eyner spannen lang sey.“

Weder in Straßburg noch in anderen Städten des Elsaß hatten derartige „Knechtsordnungen“ den gewünschten Erfolg. Schon im Jahre 1475 wieder führten die Freiburger Fuß- und Kupferschmiedeknechte einen hartnäckigen Streit wegen ihrer Bräderschaft, was ein bereits langjähriges Bestehen derselben voraussetzt. Der Rath schlichtete den Streit unter ausdrücklicher Anerkennung der Bräderschaft, die im Jahre 1481 erneuert wurde. *)

Daß die Straßburger Schmiede hinter den Freiburgern zurückgefallen sein sollten, läßt sich schwer denken. Von den ihnen nahe verwandten Berufsgenossen, den Schlosser- und Sporerknechten wissen wir in der That, daß sie 1484 bereits wieder als eigene Genossenschaft anerkannt sind, und ihnen ausdrücklich volle Selbstständigkeit in der Wahl ihrer Vorstände und in der Verwaltung ihres Vermögens garantiert wird, freilich nicht ohne grimmiges Ankämpfen der Meister. Daß darauf bezügliche Rathserkenntnis aus

erwähntem Jahre bestimmt u. A.: „So soll den Schlosser- und Sporerknechten dieselbe Bräderschaft wieder ledig (frei) werden und sollen die Meister sie unbelümmert lassen an dem, daß sie in die Bräderschaft laufen oder zu thun haben.“ — Die Knechte blieben denn auch in ihren errungenen Rechten, wie es scheint, unbeeinträchtigt und ihre Statuten unverändert bis zur Reformation. Dann wurde eine Umgestaltung vorgenommen, die u. A. auch darauf hinaus lief, der Genossenschaftsordnung den althergebrachten religiösen Glitter zu nehmen und sie zu vernünftlichen. Das war eine, von der Macht der Gesellen zeugende große Leistung in einer Gegend mit streng katholischer Bevölkerung. Auch das katholische Freiburg sah sich 1551 genöthigt, eine Genossenschaftsordnung auf gleicher Grundlage seinen Schlossergesellen zuzuerkennen, „um sie zufrieden zu stellen.“

Die hier in Rede stehende neue Ordnung der Schlosser- und Sporerkesellen zu Straßburg wurde 1536 durch Uebereinkunft zwischen Meister und Gesellen zu Stande gebracht. Eine Abschrift davon befindet sich im Freiburger Stadtarchiv, wo Schanz sie vorfand. **) Aus dieser Urkunde geht hervor, daß am Mittwoch den 28. Juni 1536 Klaus Knieps der Amtmeister, Bastian Jung „der all kantengießer und rathsgesell“, Bastian Württemberg und Hans Breusch der Schlosser, „von wegen gemeiner zunft der schmid“ dem Rathe folgendes vortrugen:

Es hätten die Gesellen und Jungen des Schlosser- und Sporerhandwerks lange Zeit eine Bräderschaft „in weiland der piarrkirchen sanot Martin“ gehabt und dieselben mit Messen und anderen Ceremonien gehalten. Jetzt aber sei ihnen „durch die Schidung Gottes“ die Erkenntnis erwachsen, daß diese Ceremonien „wider rechten christlichen Verstand gerichtet gewesen“ und also nicht mehr zu halten seien, zumal etliche Gesellen sich schon weigerten den „Wochpfennig“ dafür zu geben. Deshalb hätten sie Artikel berathschlagt und beschlossen zu Gutem und Nutz der Gesellen und Jungen und des gemeinen Handwerks, die sie böten, zu „ersehen“ und zu bestätigen zur „Förbernis gemeinen Friedens.“

Zum ersten sollten zum Entscheid aller Streitigkeiten jährlich von der gemeinen Zunft vier Meister, darunter ein Obermeister, ernannt und denselben vier Gesellen beigegeben werden. Diese acht Mann sollten das Recht haben Meister- und Gesellenschaft zusammen zu berufen und Meister und Gesellen sollten ihnen bei einem Schilling Pfennig Strafe gehorsam sein. Auch sollten die Gesellen fortan ein eigenes Buch haben, um darin die Gesellen und Jünger ihres Handwerks, „alle so forkommen“, einzuschreiben. Zureisende Gesellen sollten nicht in der Meister Häuser und Werkstatt

*) Vgl. Schmoller „Straßburg zur Zeit der Straßenkämpfe“. S. 40.

**) Vgl. Schanz „Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände“. S. 10.

†) Vgl. Hoffmann a. D. S. 313. — Hagel „Chronik oberrheinischen Städte. II. S. 1029.

*) Vgl. More „Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins“ XVII S. 24.

*) Vgl. Schanz a. D. S. 249. —

gehen, sondern sich vom Altgesellen „um Arbeit warten“ d. h. umschicken lassen bei den Meistern, so auf der Tafel in der Herberge angeschrieben. Vor Ablauf von 14 Tagen sollte ein in Arbeit tretender Gesell die Arbeit nicht verlassen auch nicht vom Meister entlassen werden; nach dieser Zeit sollten Meister und Gesell, wenn sie bei einander bleiben wollten, „Weinlauf“ machen und sich auf vierteljährige Arbeitsdauer verpflichten. Alle „Jünger“, welche über sechs Kreuzer Lohn haben, sollten mit den Gesellen leben und legen „mit Meicher Gesellschaft und Trinkgeld“. Die „alten Gesellen“ sollten das Recht haben, allen übrigen bei Verhandlungen Schweigen zu gebieten bei Strafe. Kein Schlossergesell sollte bei einem Hufschmied oder andern Handwerksmeister arbeiten, es sei denn, daß er bei den Schlossern keine Arbeit finde, dann aber auch nur vierzehn Tage lang bei Strafe von dritthalb Schilling. Wollte ein Gesell einen „guten Montag“ haben, so solle er mit mindestens 8 Kreuzer im Lohn stehen, vor ein Uhr nicht aus der Werkstatt gehen und zu Abend wieder nach Hause kommen; wolle er auch in Woche etliche Tage oder Stunden müßig gehen, so könne der Meister ihm die versäumte Zeit am Lohne abziehen. Verstorbene Gesellen oder Jünger sollten die zwei Altgesellen und die zwei nächsten Gesellen in oder bei des betreffenden Meisters Haus zu Grabe tragen. Von der Sinterlassenschaft sollten die Begräbniskosten bezahlt werden; das Uebrige sollte ein Jahr lang für die Erben, denen der Abgang des Gesellen oder Jüngers kund zu thun, verwaagt werden. Werde es binnen dieser Zeit von den Erben nicht gefordert, so solle ein geschworener Verkäufer die Veräußerung vornehmen und den Erlös in die Gesellenbüchse abliefern. Bedürfe ein erkrankter Gesell Geldes, so sollen ihn aus der Büchse drei Schilling Pfennige geliehen werden „auf seine getreue Hand, also daß er das Geld wiedergebe und bezahle, so bald er es verdienen mag“; wolle er aber aus der Stadt wandern, so solle er das Geld durch Pfand oder Bürgen sicher machen. Werde ein Gesell um irgend einer Missethat von der Gesellenschaft gestraft, so solle ihm das Keiner vorkalten, auch nicht sagen, „welcher mit ihm oder gegen ihn gewesen sei.“ — Die Altgesellen sollten bei den Schenken und Zusammenkünften auf gute Zucht und Ordnung halten; wer dabei Unfug treibe, schreie, schimpfe, fluche, mit der Kanne Kopfe, sich betrinke, solle in Strafe genommen werden. — Zu jeder Frohnfesten sollten die vereinbarten Artikel, welchen der Rath zustimmte, Meistern und Gesellen vorgelesen werden, „auf daß sich ein Jeder wisse darnach zu halten.“ — (Fortsetzung folgt.)

Zur Arbeiterwohnungsfrage.

Die unheimlichen Zustände, welche der Grundstücksucher und die kapitalistische Herstellungsweise der Häuser in Bezug auf Arbeiterwohnungen in allen großen und größeren Städten geschaffen haben, treten so deutlich vor Augen und haben so traurige Folgen, daß man sich von denselben nicht mehr abwenden und sie nicht mehr unbeachtet lassen kann. Die manchesterliche Ansicht, daß Angebot und Nachfrage schon alles schön und gut machen werde, daß jede Nachfrage auch sicher das entsprechende Angebot hervorrufen werde, ist wieder einmal gründlich als unhaltbar erwiesen. Es wird gebaut, viel gebaut, aber immer empfindlicher wird das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den Arbeiterwohnungen, es zeigt sich, daß hier eine ordnende Hand durchaus notwendig ist. Nun beginnen auch die kalten Volkswirthe alter Schulen sich zu regen. Das erste, was sie in solchen Fällen zu thun pflegen, ist, daß sie „gründliche Erhebungen“ anstellen, daß sie durch Aufgebot eines großen Hüftzeuges feststellen, daß die Sonne warm und das Eis kalt ist. Wenn diese „gründlichen Erhebungen“ dann in diesen Bänden vorliegen, dann beginnt man sie zu „verwerthen“, d. h. es werden andere dicke Bände darüber geschrieben. Man vereinigt sich dabei, die Hüfte wackeln und die Perrücken flücken, es fügt sich eine dicke Streitschrift an die andere, es werden Gutachten, Berichte und Urtheile geschrieben, es werden Wäschkörbe voll Bücher zu Tage gefördert, die Druckereien und die Papiermühlen machen gute Geschäfte, die Sache bleibt aber auf dem alten Fleck. Dann kommen die praktischen Männer des alten Schlages an die Reihe. Sie greifen in die Taschen und finden da die alten Scharfeten über „Selbsthilfe“, „Genossenschaften“ und den ganzen anderen manchesterlichen Humbug, durch welchen man glaubt, dem Arbeiter einen in glänzendes Papier gewickelten Stein als Brod aufzureden zu können. Neue Gesetze, neue Einrichtungen

sind nicht notwendig, erklärt man, sie könnten gefährlich werden und gegen das Interesse der heiligen Kapitalrente sich richten. Wir haben ja mit unseren „Genossenschaften“ so glänzende Erfolge errungen, daß wir die Augen armer ungebildeter Arbeiter durch Millionen von Mark (uns ist es immer noch nicht recht klar, warum die Herren nicht nach Pfennigen rechnen, die Zahlen werden dann noch „glänzender“) blenden können, wenn wir ihnen verschweigen, wie gering diese glänzenden Zahlen sind gegenüber dem Elende, das sie beseltigen sollen; warum sollen wir das alte Mittelchen nicht wieder versuchen. Einer kleinen Zahl schon so wie so schon besser gestellten Arbeiter kann ja immerhin geholfen werden, wir locken eine Reihe neuer Gimpel auf unsere manchesterliche Weimruth, zeigen uns den weniger einsichtigen Arbeitern als sehr praktische und sehr thätige Arbeiterfreunde und fangen so eine Anzahl Stimmen, die sich dann gegen die Arbeiter sehr gut verwerthen lassen.

Diese Männer sind jetzt wirklich bei der Arbeit, die Weimruthen sind ausgesteckt, der Herr Reichstagsabgeordnete Schrader pfeift die Lockpfeife. Es werden Baugenossenschaften zur Herstellung von Arbeiterwohnungen bei Berlin ins Leben gerufen.

Da werden wir denn bald so einige Duzend solcher Häuser entstehen sehen, in welchen gut bezahlte „Meister“ und Poliere, Verkaufseher und dergleichen, die in der Lage sind, von ihrem Lohne noch namhafte Beträge für diese Genossenschaften aufzubringen, ein vielleicht recht behagliches Heim finden werden. Es sei ihnen gegönnt! Der arme Arbeiter, der heute kaum das Nothwendige zum Lebensunterhalte verdient, der von der Hand in den Mund lebt, nichts ersparen kann und froh ist, wenn er die monatlich im voraus zu zahlende Miete für sein erbärmliches Heim aufbringen kann, der bleibt wo er ist und wie er ist in seinen Kellerlöchern und in seinen Dachkammern. Die geringe Zahl der genossenschaftlichen Arbeiterwohnungen wird weder die Wohnungsnoth für die Armen mildern noch auf die wilde Spekulation, auf den Baustellenwucher irgend wie regelnd einwirken. Man wird mit den großen Erfolgen der Selbsthilfe prahlen können, aber das Elend wird ungemildert bleiben. Hier kann nur die Thätigkeit des Staates mit Aussicht auf Erfolg einwirken.

Jeder Versuch, der nicht in soichem Maßstabe unternommen wird, daß seine Wirkung sich auch in den Massen fühlbar macht, mag ja ein ganz achtungswerthes Streben sein, er ist aber durchaus wirkungslos und kann durch Verschleppung einer gründlichen Maßregel nur flüchtig wirken.

Die Arbeiter der großen Städte müssen laut ihre Stimme erheben und baldige und gründliche Lösung der Wohnungsfrage vom Staate verlangen. Er allein hat die Macht und die Mittel, er allein hat die Kraft zu helfen und er hat auch die Pflicht dazu.

„Baugewerkschafter.“

Die erste Arbeitsbörse der Welt.

Die Wiener „Deutsche Btg.“ bringt folgende Ausführung, welche manches Interessante enthält: Am 1. September ist zu Amsterdam die erste Arbeitsbörse der Welt ins Leben getreten. Die Aufgabe einer solchen Einrichtung darf als bekannt vorausgesetzt werden: durch dieselbe soll die Stellenvermittlung zwischen Unternehmer und Arbeiter, der Entwicklung der modernen Industrie entsprechend, erweitert, möglichst centralisirt und vereinfacht, sowie verbilligt werden; namentlich sollen die Arbeiter von der schamlosen Ausbeutung durch Private dadurch geschützt werden, daß das Institut vom Staate oder der Gemeinde geschaffen und verwaltet wird. Es ist noch im frischen Gedächtniß Aller, welche Aufregung kürzlich die nachgerade zur Blutaugerei gewordene Art der Pariser Stellenvermittlung durch Privatagenten unter den dortigen Kellnern hervorrief. Um die Aufregung zu beschwichtigen, versprachen die Pariser Behörden den Kellnern, die Einrichtung einer Arbeitsbörse ins Auge zu fassen. Der Gedanke ist alt; bereits im Jahre 1845 hatte ihn der gegenwärtig in Paris lebende belgische Volkswirth Molinari geäußert, aber natürlich ohne Erfolg. Seitdem haben ihn die organisirten Arbeiter der meisten Länder zu dem ihrigen gemacht und sie reichen sich hier die Hände mit einsichtigen Unternehmern, die der Sache durchaus freundlich gegenüberstehen. Selbst in Spanien hat kürzlich der demokratische Abgeordnete Montero Rios von einem einschlägigen Plane gesprochen. Aber Belgien und die Niederlande allein werden den Ruhm haben, der Sache ernstlich und energisch nahe getreten zu sein. Die weiteste theoretische Erörterung fand der Gedanke eigentlich

in Belgien. Dort traten im Januar 1885 Vertreter der Arbeiterschaft mit Bürgermeister Buis, Molinari und Professor Denis in Unterhandlungen. Das Ergebniß war ein von dem Letzgenannten ausgearbeiteter Entwurf. Die Brüsseler Gemeinde sollte die Verwaltung der Arbeitsbörse in die Hand nehmen. Neben der Stellenvermittlung sollte ein Nachrichtendienst eingerichtet werden, welcher den Stoff zu einer stetig zu ergänzenden Arbeitsstatistik liefern und den Arbeitern die genaueste Aufklärung über die zu erwartenden Arbeitsbedingungen geben könne. Die Sache schien völlig reif; wir haben jedoch von der Verwirklichung des Buis'schen Planes nie wieder etwas gehört. Amsterdam scheint der belgischen Hauptstadt zuvor gekommen zu sein und sich die Vorarbeiten der Letzteren zu Nutze gemacht zu haben — denn die Organisation seiner Arbeitsbörse entspricht ganz dem belgischen Projekte. Wer bei der Amsterdamer Arbeitsbörse um Arbeit nachsucht, wird gegen Bezahlung von 5 Cents in ein Register eingeschrieben; wird er aufgerufen, dann empfängt er gegen Erlegung weiterer 15 Cents eine Karte mit der Adresse des Arbeitgebers; meldet man sich am folgenden Tage nach dem Aufruf nicht an, so wird der Name des Arbeitssuchenden in den Büchern durchgestrichen. Genannte Karte muß, versehen mit einer vom Arbeitgeber ausgestellten Erklärung, ob der Arbeitssuchende von ihm angenommen ist oder nicht, so bald als möglich an das Kontor der Arbeitsbörse zurückbesorgt werden. Wer dies innerhalb zweier Tage nicht thut, wird als untergebracht betrachtet; enthält aber die Karte die Erklärung, daß der Arbeitssuchende nicht untergebracht ist, so erhält er von den eingezahlten 15 Cents 12½ Cents wieder zurück, kann sich aber ohne weitere Kosten sofort wieder einschreiben lassen. Der Hauptsitz der Arbeitsbörse ist Amsterdam; nach Bedürfniß sollen in anderen Gemeinden des Landes Filialen errichtet werden; die Direktion beruht bei der „Gesellschaft für den arbeitenden Stand“, welche durch ihre jahrelangen Bemühungen die genannten Einrichtungen auch ins Leben gerufen hat. — Die Errichtung der „Arbeitsbörse“ ist, das darf nicht verkannt werden, ein ganz bedeutender Fortschritt, und wäre eine derartige Einrichtung auch für die hiesigen Verhältnisse so übel nicht, nur das Eine, was uns durchaus nicht daran gefällt, ist, daß der Arbeitsnachweis mit Kosten für die Arbeiter verknüpft ist. Sind es auch nur wenige Pfennige, so sind diese wenigen Pfennige für den, der nichts hat, doch schon eine Summe, von welcher er häufig nicht weiß: woher nehmen und nicht stehlen?

Bereits andere Arbeiterblätter haben darauf hingewiesen, daß es durchaus zu mißbilligen sei, den Arbeitsnachweis mit Kosten zu verbinden. Gerade der Bedürftigste, der durch lange Stellenlosigkeit auch keinen rothen Heller mehr in der Tasche hat, wird auf diese Weise von dem Vortheile der ganzen Einrichtung ausgeschlossen.

Wichtiger scheint uns aber ein anderer Einwand. Der Arbeitsnachweis ist heute und das nicht nur bei Streiks und Boykotts, sondern auch in ruhigen Zeiten ein wichtiges Kampfmittel für die Arbeiter, um ihren gerechten Forderungen größeren Nachdruck geben zu können. Durch den Arbeitsnachweis haben es die Arbeiter in der Hand, vor gewissen Meistern und Unternehmern zu warnen, ihnen den Zufluß von Arbeitskräften abzuschneiden oder doch zu erschweren. Das alles ist für die Ordnung der Lohnverhältnisse eines Berufes von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Geben die Arbeiter den Arbeitsnachweis aus den Händen, so büssen sie nicht nur diesen Vortheil ein, sondern sie tauschen ihn sicherlich in der Mehrzahl der Fälle gegen einen positiven Nachtheil aus. Der Arbeitsnachweis, wie ihn Communal- oder Polizeibehörden organisiren könnten, würde sicherlich überwiegend unter dem Einfluß der Unternehmer stehen, und diese würden ihrerseits dahin wirken, den schlecht angeführten Arbeiter keine Unterkunft mehr finden zu lassen. Nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer hätten alsdann die Stellen zu vergeben, und die Unternehmer würden sich hierdurch alle mißliebigen „unruhigen Köpfe“ vom Hals zu schaffen wissen. Zur polizeilichen Maßregelung käme dann noch ein viel stärkerer wirtschaftlicher Druck. Es haben neuerdings Polizeibehörden den Unternehmern die Listen von Fachvereinsleitern übersandt, doch offenbar, um diese außer Grob zu bringen. Nun denke man sich in die Hände solcher Behörden den Arbeitsnachweis gelegt, — wahrlich die „Streikführer“, die „Wähler und Heher“ könnten dann nur ruhig ihr Bündel schnüren und nach einem anderen Orte wandern, der noch nicht mit einer Arbeitsbörse gesegnet ist.

Will man also von oben herab den Arbeitsnachweis

organisiert so mag man ihn den Arbeiterfachvereinen anvertrauen. Diese würden jedoch ein wichtiges Kampfmittel in den Händen geben, wenn sie für scheinbar „unparteilich“ geleitete Arbeitsbörsen eintreten wollten. Wir haben diese Unparteilichkeit an sehr bezeichnenden Beispielen kennen gelernt und fühlen keine Lust, wichtige Machtmittel preiszugeben, um diese Unparteilichkeit nochmals zu erproben. Das mag Klassenpolitik sein, aber unsere Gegner treiben nun einmal auch keine andere.

Ueber den internationalen Arbeiter-Congress in Paris

ist Folgendes zu berichten:

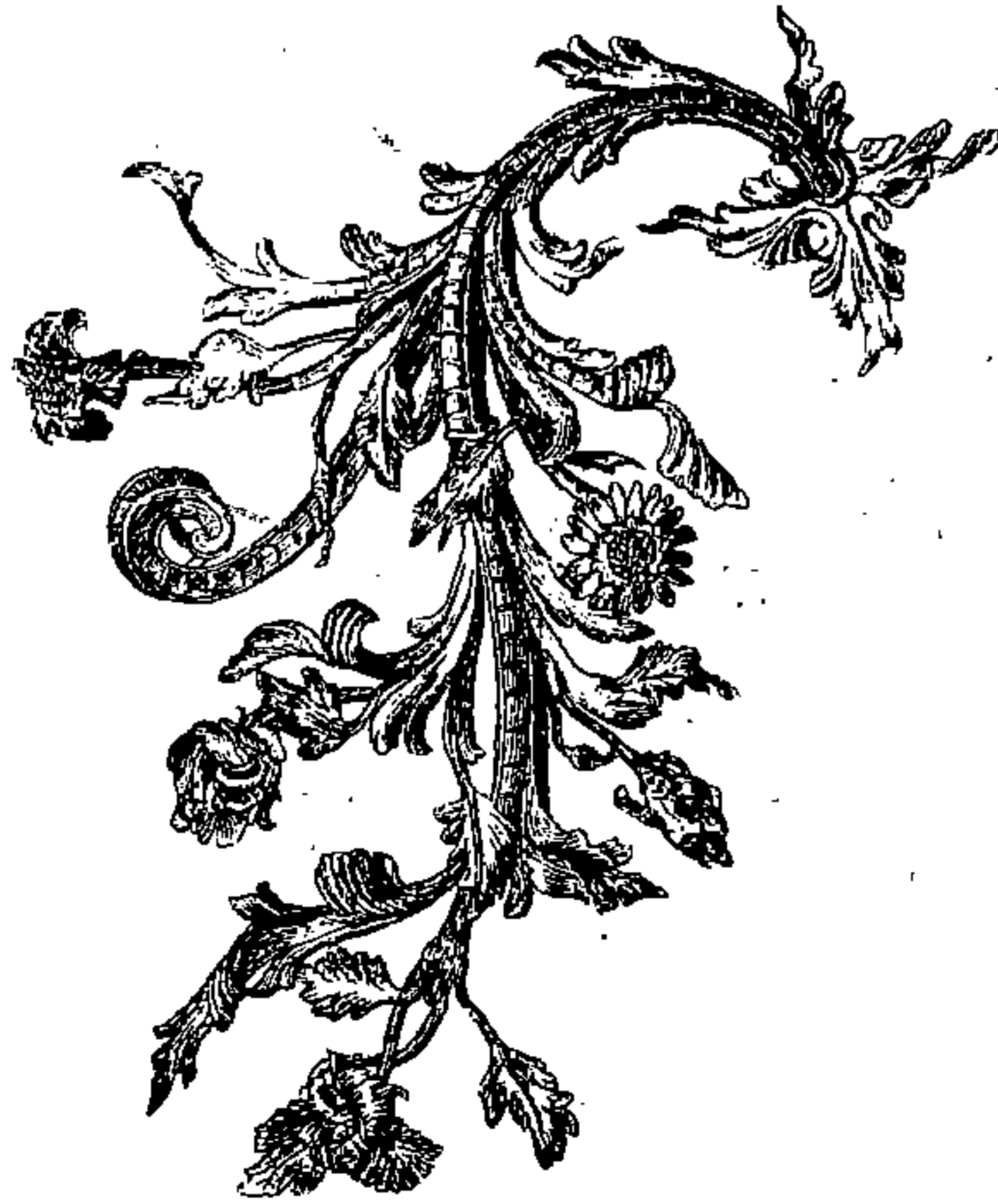
Der bekannte belgische Sozialist Anseels berichtete über die politische und soziale Lage der Arbeiter in Belgien, die bekanntlich eine recht traurige ist. In den Bergwerken, führte der Redner aus, verdienen die Frauen nur 90 Cent, täglich bis Fr. 1.80 bei einer manchmal von 5 Uhr früh bis 11 Uhr Abends währenden Arbeitszeit; die Arbeiter in den Steinbrüchen verdienen Fr. 1.80 bis 2 Fr. täglich. Der Durchschnitt im ganzen wallonischen Gebiet sei Fr. 2.50 täglich. In Gent verdienen die Arbeiter mehr; 16 bis 18 Fr. wöchentlich, Dank häufigen Ausständen und einer Streikkasse, die kürzlich 70,000 Fr. vertheilt habe. Zum Schluß sprach der Redner die Hoffnung aus, das Zeichen zur internationalen sozialen Umgestaltung werde einst von den englischen Arbeitern gegeben werden, wenn dieselben mehr politische Bildung besitzen würden. Man werde dann eine heilige Allianz gegen das Kapital bilden. Der deutsche Vertreter Grimpe erging sich zuerst über die Lage in Deutschland, die er für eine sehr ernste hält. Im weiteren Verlauf seiner Rede polemisierte er gegen die englischen Gewerksvereine, die nicht sozialistisch seien, und namentlich gegen das Parlamentsmitglied Broadhurst, das, obwohl von den Gewerksvereinen gewählt, gegen Gladstone gestimmt habe. Er verlangte, daß die Vereine Broadhurst austreten sollten. Ferner erklärte er, daß Bücher bei der Einweihung des Diderot-Denkmal mit Unrecht behauptet habe, es wagten sich nicht viele Deutsche offen als Freidenker zu bekennen. Trotz des Ausnahmegesetzes dauere die sozialistische Bewegung in Deutschland fort, nur fehle es an Mitteln, um die internationalen Konferenzen zu beschicken, da man bereits große Opfer bringe, um die Reichstagsabgeordneten zu bezahlen. Als Vertreter der englischen Trades Unions wies der Vorsitzende der Maschinenbauer, Burnett, die Vorwürfe Grimpe's zurück. Die englischen Arbeiter wüßten recht wohl, welche Macht den Trades Unions innewohnte, und gerade darum trachteten sie, sich ihnen anzuschließen, weil nur dadurch ein Fortschritt erzielt werden könne. Der so aufgefaßte englische Sozialismus hätte eine unberechenbare praktische Tragweite und wäre die wirksamste Waffe, um berechtigten Forderungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Wie sehr man auch in Frankreich begriffen habe, daß es mit sozialistischen Umtrieben nicht gethan ist, das bewiese die zunehmende Bildung von Arbeiter Syndicaten, welche unter einander verbunden sind. Hiergegen remonstrirte wieder der Delegirte der deutschen Arbeiter in London, Radow, der im Sinne Grimpe's erklärte, daß die Angehörigen der Trades Unions, die Aristokraten unter den Arbeitern, schlechte Sozialisten seien. Norton, der Vertreter von Süd-Wales, Süd-Australien und Victoria, schilderte die Lage der Arbeiter in Australien, die noch schlimmer sei, als die ihrer europäischen Genossen. Australien sei in den Händen einiger Kapitalisten und ehemaliger Offiziere der Sträflinge, der Squatters, denen man die besten Ländereien gegeben habe. Im Monat Juni seien Tausende von Arbeitern ohne Beschäftigung gewesen. Das schlimmste Uebel seien die Chinesen, welche die Löhne drückten, weil sie fast nichts zum Lebensunterhalt gebrauchten und zufrieden seien, wenn sie nach zehnjähriger Arbeit etwa 20 Pfund Sterling in der Tasche hätten. Zum Schluß polemisierte Norton gegen die Absicht Frankreichs, auf den Neuen Hebriden eine Strafkolonie einzurichten. Ein von Dalle vorgelegter Entwurf einer internationalen Arbeitergesetzgebung verlangt, die verschiedenen Regierungen sollten durch Verträge gleiche Bedingungen für die Arbeit in allen Ländern aufstellen. In erster Linie will der Entwurf folgende Forderungen berücksichtigen: 1) Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren; 2) besonderer Schutz für Kinder unter 14 Jahren und Frauen; 3) achttündige Tagesarbeit und ein Ruhetag in der Woche; 4) Verbot der Nachtarbeit; 5) Anordnung von Gesundheitsmaßregeln; 6) Verbot gewisser der Gesundheit schädlichen Industrien; 7) Verantwortlichkeit der Arbeitgeber bei Unglücksfällen;

8) Besichtigung der Werkstätten, Fabriken, Gruben durch Inspektoren, welche von den Arbeitern selbst gewählt werden. Die Engländer, die schon früher sich in Widerspruch mit der Versammlung gesetzt hatten, erklärten, neutral zu bleiben, da sie sich vorher in einer am 6. September in Hull stattfindenden Versammlung der Trades Unions schlüssig machen müßten. Sonst wurden die Anträge mit einigen Aenderungen angenommen; ferner folgende Vorschläge: Alle Kinder, deren Eltern unter 3000 Fr. Einkommen haben, erhalten vom Staat Unterstützung von 200 bis 500 Fr., die Schulen müssen unter die Oberaufsicht der Arbeitersyndikate und der pädagogischen Ausschüsse gestellt werden; alle Gesetze, welche den Arbeitern verbieten, sich auf internationalem Wege zu einigen, werden abgeschafft; im Jahre 1889 soll mit staatlicher Unterstützung in Paris eine internationale Arbeiteranstellung stattfinden, mit der ein von der französischen sozialen Arbeiterpartei ins Werk zu setzender internationaler Arbeitercongress verbunden sein wird. Der Belgier de Paepeschloß alsdann den Congress indem er die Arbeiter aller Länder zu einmütigem Zusammengehen ermahnte.

Einiges über Kunstschlosserei.

Wie die Besserung im Gebiete des Kunsthandwerks täglich fortschreitet, so hat auch die Technik im Kunstschmiedesach in einer Weise sich vervollkommenet, die noch zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, und wird der Glaube, daß nur die „Alten“ gute Arbeiten lieferten, nicht recht haltbar sein, wiewohl vorläufig noch die alten Arbeiten es sind, an welchen man nicht nur die Technik, sondern auch die Form studiren muß. Und dazu bietet sich hauptsächlich in den Großstädten Gelegenheit, wo in den Museen, diese Kunstwerke aufbewahrt werden, wo in den Zeichen und Modellirschulen die Gründe zu dieser Kunst gelegt werden; dort ist aber auch der Sitz der bedeutendsten Kunstschlosser. Allerdings stößt man immer auf die berechtigten Klage, diese Arbeit würde nicht entsprechend bezahlt, und wurde kürzlich die Frage von dem Vorsitzenden eines Kunstgewerbevereins gelegentlich eines Vortrages über Kunstschlosserei gestellt, warum der Kunstschlosser bei seiner Arbeit nichts verdient. Diese Frage konnte von keinem anwesenden Fachmanne beantwortet werden.

Einige Winke sollen hier gegeben werden.



Um bei dieser Arbeit etwas zu verdienen, ist es erstens nöthig, daß man mit dem Material vollständig vertraut ist, so daß der Schmiedecharakter des betreffenden Stücks gewahrt bleibt; zweitens muß mit wenig Mitteln viel geleistet werden können und liegt das viele Verfeinern mittelst Feile u. dergleichen nicht mehr im Schmiedecharakter. Daraus, aus der Verfeinerung, resultirt die Vertheuerung der Arbeit und tritt noch der Umstand dazu, daß der Meister oder Gehilfe nicht tüchtig zeichnen kann und insolgedessen die anzufertigende Arbeit nicht richtig auffaßt, daher nach Fertigstellung Aenderungen eintreten, so ist es außer Zweifel, daß nichts verdient wird.

Zu dieser kurzen Betrachtung wurden wir veranlaßt durch eine Kunstschmiedearbeit, welche im Bayer. Gewerbemuseum in Nürnberg ausgestellt ist, auf welche wir unsere Leser aufmerksam machen. Der Verfertiger ist der Schlossermeister Brechenmacher in Frankfurt a. M., ein geborener Schweinfurter, der 12 Jahre in

Frankfurt als Geselle arbeitete und nun seit einem halben Jahre daselbst selbstständig ist. Für diese Arbeit ist Herr Brechenmacher von der Königl. Ludwigs Preisstiftung des Bayer. Gewerbemuseums mit der goldenen Medaille ausgezeichnet worden, ein in des Wortes vollster Bedeutung verdienter Preis. Der Gegenstand ist ein aus dem Ganzen geschmiedetes schwingvolles Ornament, dessen Anfertigung von seltener Meisterschaft zeugt. Das Ganze, sowie besonders die daran befindlichen Blumen überragen noch den berühmten Nürnberger Ring, man weiß nicht, wie z. B. die Rose verfertigt ist. Ohne jede Verfeinerung mittelst Feile, Mele oder Anstrich sehen wir das Stück (das nach unserer ungefähren Schätzung 70—80 bzw. 40—50 cm groß ist) vor uns wie aus dem Feuer auferstanden. Herr Brechenmacher, den wir um ein Glück haben, ist unserem Wunsche gerne nachgekommen und zeigt uns die Abbildung die ungefähre Form.

Ueber die Anfertigung selbst schreibt uns Herr Dr. Folgendes:

Nachdem ich mir das Stück erst klein, dann groß aufgezeichnet hatte, habe ich dasselbe in Thon modellirt, jedoch nur sehr primitiv. Ein Stück Wagenachse, von dem ich wußte, daß es gutes altes Eisen ist, schlug ich so lange breit, bis die Formen im Hauptzuge losgelöst werden konnten; die Blumen sind ebenfalls aus dem vollen Eisen geschält. Wie dem Stück jedoch eine gefällige, dem Schmiedecharakter entsprechende Form gegeben wurde, kann an dieser Stelle nicht gelehrt werden.

Der Streik der Schmiede in Hamburg-Altona

ist in der am Donnerstag, den 9. Sept., in „Wulfs Stablissement“, Altona, stattgefundenen öffentlichen Schmiedeverammlung, nachdem derselbe 9 Wochen gedauert, als beendet erklärt worden. Die Forderungen, wegen welcher gestreikt wurde, sind zum größten Theile durchgesetzt. Von den 417 Gesellen, welche die Arbeit niedrlegten, haben 308 ihre Absicht erreicht; 89 sind abgereist; es sind also nur noch 22 Gesellen da, die ohne Arbeit sind. Es sind dies noch nicht so viel, als um die jetzige Jahreszeit gewöhnlich immer ohne Arbeit sind und halten wir es deshalb nicht mehr für nöthig, den Streik hoch zu halten, sondern geben uns mit dem Erreichten voll und ganz zufrieden. Wir danken Allen, die uns so reichlich und nachhaltig unterstützt haben, unseren aufrichtigen Dank ab. Es wird die uns zu Theil gemordene Hilfe und ein steter Sporn zur Wiederergettung sein, wo immer die Gelegenheit sich dazu bietet, Arbeitern irgend einer Branche behilflich zu sein, berechnete Forderungen durchzusetzen.

Eine spezialisirte Abrechnung wird so schnell als es möglich ist, aufgestellt und veröffentlicht werden. Zu diesem Zwecke erluchen wir um baldigste Einsendung sämtlicher Sammellisten an die darauf vermerkten Adressen, damit die gewählte Prüfungscommission uns Decharge ertheilen kann.

Um jedoch allen Eventualitäten vorzubeugen, ersuchen wir, den Bezug noch möglichst fern zu halten. Es ist dies schon darum nöthig, um nicht durch massenhaftes Zustromen von Arbeitskräften in den Arbeitgebern den Gedanken hoch kommen zu lassen, das Unerschriebene oder Versprochene wieder rückgängig zu machen.

Arbeitskräfte sind mehr als nöthig vorhanden.
Mit Gruß

Die Commission.

Der Streik der Maschinenbauarbeiter in Altona

dauert noch unverändert fort. Von Seiten der Werkdirektion wird alles aufgeboten, um uns zu unterdrücken. Bisher ist es ihr gelungen, von auswärts einige Arbeitskräfte heranzuziehen, da dies aber nur junge schwache Kräfte sind, so wird dadurch allerdings nichts am Endergebnisse des Streiks geändert. Den einzigen Schaden, den uns diese Leute verursachen, ist, daß der Streik etwas länger sich hinauszieht. Der Geist unter den Streikenden ist noch immer äußerst gut, alle sind fest entschlossen bis zum Aeußersten auszuhalten. Da uns aber der Streik durch den vielen Bezug schon sehr viel gekostet hat, so sind unsere Mittel erschöpft und möchten wir an alle Freunde die bringende Bitte richten, streng jeden Bezug fernzuhalten. Wie uns mitgetheilt worden, so sollen in allen größeren Fabriksstädten Leute beauftragt sein, für die Werk Arbeiter anzuwerben, wir bitten deshalb die Freunde allerorts hierauf ein wachames Auge haben zu wollen. Indem wir allen Freunden, welche uns bisher ihre Unterstützung haben angedeihen lassen, unsern Dank aussprechen, bitten wir, uns auch weiterhin in unserm Kampfe beizustehen.

Mit collegialem Gruß an alle Arbeiter.

Briefe sind an J. Wildgaard, Appenrader Chausee 36, andere Sendungen an S. Jülich, Norderscherstraße 8 zu richten.

Correspondenzen.

Gotha. Die Lage der hiesigen Metallarbeiter. Glossen zum Bericht unseres Herrn Fabrikinspektors. (Schluß.) Im Anschluß an das in Nr. 36 veröffentlichte Budget eines ledigen Schlossers folgt nun das eines verheiratheten

